NEIN ZUR AFR18

GEGEN DIE SCHULDENFALLE FÜR DIE LUZERNER GEMEINDEN

Luzern, 26. April 2019

AFR18: NEIN-Kampagne gestartet
Nein zur Katze im Sack

Mit der Aufgaben- und Finanzreform AFR18 versucht der Kanton, der Bevölkerung die Katze im Sack zu verkaufen. Die Gegenkampagne zeigt diese Trickserei mit einer Illustration, welche ab Montag publiziert wird. Zudem treten Repräsentanten des Verbandes Luzerner Gemeinden (VLG), gemeinsam mit dem Regierungsrat, an Informationsveranstaltungen auf: alles Befürworter der Vorlage. Vertreter der Gemeinden, die gegen die Vorlage auftreten, wurden ausgeschlossen. Diese Gemeinden repräsentieren aber, gemeinsam mit der Stadt Luzern, rund 140'000 Einwohnerinnen und Einwohner, also rund ein Drittel der kantonalen Bevölkerung.

Illustration: Jonas Raeber

Download Illustration: https://afr18-nein.ch/medien/ Download Animation: https://vimeo.com/331527483

Das Bild der Gegenkampagne vom Luzerner Illustrator Jonas Raeber zeigt den Kanton hoch zu Pferd, der der Bevölkerung die Katze im Sack verkaufen will und ihr heimlich die Taschen leert. Die AR18 ist tatsächlich eine Katze im Sack, weil sie gekoppelt ist an die eidgenössische Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF), über die erst am 19. Mai abgestimmt wird, und an die kantonale Steuergesetzrevision, über die auch noch nicht entschieden ist. Obwohl die Entscheide zu diesen Vorlagen offen sind, hat der Kanton daraus Mehreinnahmen in die AFR18 eingerechnet. Zudem ist es ein offenes Geheimnis, dass sich der Kanton mit der AFR18 sanieren will. Er macht dies geschickt, indem er mit alten Zahlen rechnet und den Gemeinden Risikokosten zuschiebt.

Solidarität unter den Gemeinden wird torpediert

Zu den Befürwortern der AFR18 zählen insbesondere kleinere Gemeinden mit hohen Bildungskosten. Für sie scheint die AFR18 auf den ersten Blick attraktiv, weil sie kurzfristig profitieren. Doch mit der AFR18 werden die heute ressourcenstarken Gemeinden zu Härtefällen, die – so sieht es die AFR18 vor – von den strukturschwachen Gemeinden unterstützt werden müssen. So wird zwischen den Gemeinden ein neuer Finanzausgleich geschaffen. Dass ausgerechnet die strukturschwachen Gemeinden wegen der AFR18 die strukturstarken Gemeinden unterstützen müssen, wird für Missgunst zwischen den Gemeinden sorgen und zeigt die Absurdität der Vorlage.

Irritierendes Demokratieverständnis des VLG

Gerade weil die Vorlage unter den Gemeinden zu grossen Verwerfungen führen wird, bekämpfen zwölf Gemeinden die AFR18 aktiv in einem Komitee. Und sie haben Unterstützung weiterer Gemeinden (vgl. www.afr-nein.ch/komitee). Die Vorlage ist also innerhalb der Mitglieder des Verbandes Luzerner Gemeinden stark umstritten. Dass sich der Interessenverband für die numerische Mehrheit der Luzerner Gemeinden ausspricht, ist verständlich. Dass sich der Verband aber trotz der breiten Opposition innerhalb seiner Mitglieder so einseitig für die Vorlage stark macht, befremdet. An öffentlichen Veranstaltungen wird der Verband über die Vorlage «informieren». Jedoch sind ausnahmslos alle Redner an den «Informationsveranstaltungen» überzeugte Befürworter der Vorlage. Die Minderheitsmeinung innerhalb des Verbands erhält kein Podium. Eine entsprechende Anfrage hat der VLG abgelehnt, nachdem er noch im Dezember 2018 versichert hat, die Minderheit in seiner Kommunikation gebührend darzustellen. Immerhin vertreten die 12 Nein-Gemeinden aus dem VLG (inklusive Hochdorf), zusammen mit der Stadt Luzern, rund 140‘000 Einwohnerinnen und Einwohner, was einem Drittel der kantonalen Bevölkerung entspricht.

Es kann weder im Interesse des Kantons noch im Interesse des Verbandes der Luzerner Gemeinden liegen, dass die Gemeinden gegeneinander ausgespielt werden und den Gemeinden die AFR18 als neuer Finanzausgleich schmackhaft gemacht wird.

Irreführende Argumente der Befürworter

Die Befürworter der AFR18 versuchen, der Bevölkerung die Katze im Sack mit irreführenden Argumenten schmackhaft zu machen:

- Die Befürworter sagen: «Die AFR18 entlastet die Gemeinden bei den Schulkosten.»

Diese Entlastung müssen die Gemeinden kompensieren, indem sie andere Kosten übernehmen wie die Ergänzungsleistungen. Diese Kosten steigen in den nächsten Jahren doppelt so stark wie die Schulkosten. Ein gefährlicher und unfairer Tausch.

- Die Befürworter sagen: «Die AFR18 schützt die Bevölkerung vor Naturgefahren.»

Falsch. Die Gemeinden haben diese Aufgabe bisher gut erfüllt. Die Gefährdung der Sicherheit der Bevölkerung ist Angstmacherei. Mit der AFR18 werden nur die Planung und Finanzierung neu geregelt. Mehr Geld wird nicht investiert.

- Die Befürworter sagen: «Die AFR18 verhindert eine Steuererhöhung.»

Im Gegenteil: Der Kanton erhöht seine Steuern mit der AFR18. Damit die Bevölkerung das nicht merkt, zwingt er die Gemeinden, ihren Steuerfuss zu senken.

Statements gegen die AFR18 finden Sie hier:
www.afr18-nein.ch/testimonials

Weitere Informationen erteilen Ihnen:

Stadt Luzern
Finanzdirektion
Stadträtin Franziska Bitzi Staub, Finanzdirektorin
Telefon 041 208 83 69

Stadt Sursee
Stadtrat Michael Widmer, Finanzvorsteher
Telefon 079 541 61 23

Gemeinde Meggen
Gemeindepräsident Urs Brücker
Telefon 079 403 96 00

Für die Seegemeinden
Gemeinde Vitznau
Gemeinderat Stefan Tobler, Finanzvorsteher
Telefon 079 358 68 94

Mitglieder Co-Präsidium:

Dierikon: Max Hess, Gemeindepräsident (CVP)

Eich: Adrian Bachmann, Gemeindepräsident (CVP)

Greppen: Claudia Bernasconi, Gemeindepräsidentin, Kantonsrätin (CVP)

Luzern: Franziska Bitzi Staub, Stadträtin, Finanzdirektorin (CVP)

Mauensee: Michael Gisler, Gemeinderat, Bildungs- und Finanzvorsteher (FDP)

Meggen: Urs Brücker, Gemeindepräsident, Kantonsrat (GLP)

Neuenkirch: Kari Huber, Gemeindepräsident (CVP)

Rothenburg: Andy Schneider, Gemeinderat, Ressortleiter Bildung, Kantonsrat (SP)

Schenkon: Ignaz Peter, Gemeinderat, Finanzvorsteher (CVP)

Sursee: Michael Widmer, Stadtrat, Finanzvorsteher (CVP)

Vitznau: Stefan Tobler, Gemeinderat, Finanzvorsteher (GLP)

Weggis: Esther Pfründer, Gemeinderätin, Finanzvorsteherin (FDP)

Die 12 Luzerner Gemeinden Dierikon, Eich, Greppen, Luzern, Mauensee, Meggen, Neuenkirch, Rothenburg, Schenkon, Sursee, Vitznau und Weggis bekämpfen gemeinsam die kantonale Aufgaben- und Finanzreform 18 (AFR18) in der Volksabstimmung und haben dazu ein Komitee gebildet. Zudem haben sie beim Bundesgericht eine Stimmrechtsbeschwerde eingereicht und weitere Abklärungen zur Rechtmässigkeit von Teilen der Vorlage und zur Verletzung von Bundesrecht eingeleitet.

Mehr Informationen: www.afr18-nein.ch